

Sozialministerin **Elisabeth Baume-Schneider** musste gestern gleich

zwei

Witwen sollen keine lebenslange Rente mehr erhalten

RUEDI STUDER

Mit der 13. AHV-Rente steht bei der Altersvorsorge ein Ausbau in Milliardenhöhe an. Doch der Bundesrat wälzt auch Sparpläne in der AHV: Die Hinterlassenenrenten will er massiv beschränken und so bis 2030 jährlich bis zu 350 Millionen Franken bei der AHV sparen. **Längerfristig werden die Einsparungen gar auf gegen eine Milliarde Franken steigen.**

Witwen und Witwer sollen nämlich künftig keine lebenslangen Hinterlassenenrenten mehr erhalten. Eine Rente erhalten sie maximal nur noch bis zum 25. Geburtstag des jüngsten Kindes. Länger nur, wenn ein erwachsenes Kind mit Behinderung betreut wird. Neu würden die Gelder unabhängig vom Geschlecht und vom Zivilstand der Betroffenen ausbezahlt.

Laufende Renten für Witwen ab 55-jährig bleiben zwar bestehen. Jüngeren Verwitweten ohne unterhaltsberechtigten Kinder soll

die heutige Rente aber nach einer Übergangsphase von zwei Jahren gestrichen werden. Das sieht die Revision vor, die der Bundesrat gestern zuhänden des Parlaments verabschiedet hat.

Ende 2023 bezogen rund 190 000 Personen – mehrheitlich bereits im Rentenalter – eine Witwen- oder Witwerrente. In der Schweiz betrug die durchschnittliche Witwenrente rund 1600 Franken. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben auf gut 2 Milliarden Franken.

Noch vom früheren SP-Bundesrat Alain Berset (52) aufgegleist, muss nun die seit Anfang Jahr neu als Sozialministerin amtierende Elisabeth Baume-Schneider (60) das Geschäft vertreten.

Einmal mehr gegen die eigene Partei. Die SP hat bereits in der Vernehmlassung Widerstand angekündigt. Zwar stösst das Gleichstellungsziel auch im links-grünen Lager auf Zustimmung. Doch den Sozialdemokraten stösst sauer auf, dass die

Reform zu einem finanziellen Abbauprogramm umfunktionierte werde. «Nein zum Kahl-schlag bei den Witwenrenten», titelt sie in ihrer Mitteilung.

Und SP-Nationalrätin Barbara Gysi (60, SG) macht klar: «Dass der Bundesrat auch laufende Witwenrenten streichen will, ist empörend.» **Gerade für schlechtgestellte Frauen könne es fatal sein, wenn eine Rente nach vielen Jahren einfach so wegfallt.**

Auch der Verwitweten-Verein Aurora kritisiert die Vorlage. «Indem die Gleichstellungsvorlage parallel als Sparvorlage herhält, wird damit eine indirekte Diskriminierung der Frauen geschaffen», monierte er in der Vernehmlassung und warnte: «Die vorgesehene leichte Verbesserung der Situation von hinterlassenen Vätern geht einher mit einer massiven Verschlechterung für die hinterlassenen Mütter.»

Bei den bürgerlichen Parteien hingegen stösst der Abbau der Witwenrenten auf offene Türen. **Die SVP etwa erachtet die Abschaffung der lebenslänglichen Witwenrente «als längst fälligen Schritt».**

Ins Rollen gebracht hat die Reform ein Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg. Dieser hatte die Schweiz verurteilt, weil Frauen und Männer nicht gleichbehandelt worden sind. So erhielten Witwen etwa lebenslang Unterstützung, Witwer nur, bis das jüngste Kind volljährig war. Derzeit gilt eine Übergangslösung, doch nun will der Bund eine definitive Lösung. **Geplant ist, dass die Neuregelung ab 2026 in Kraft tritt.**

«Dass der Bundesrat auch laufende Witwenrenten streichen will, ist empörend.»

Barbara Gysi, SP-Nationalrätin



Contre coeur

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider muss wegen des Kollegialitätsprinzips Vorlagen gegen ihre Überzeugung vertreten.

Roberto Martullo rettet **Kult-Schuhmarke**

«Künzli hat meine Jugend begleitet»

Das Aus der Kult-Schuhmarke Künzli ist abgewendet. Unternehmer Roberto Martullo (62) übernimmt die 98-jährige Traditionsfirma aus Windisch AG – samt Mitarbeitenden und Schuhfabrik in Albanien. Für den dreifachen Familienvater und Ehemann von Ems-Chemie-Chefin Magdalena Martullo-Blocher (55) ist die Rettung eine «Herzensangelegenheit». Er hat bereits erste Pläne, wie der frühere Ortspräsident der SVP Meilen im Interview mit Blick verrät.

Warum haben Sie die Sportschuhmarke Künzli übernommen?

Roberto Martullo: Mein Hauptbeweggrund ist der Erhalt der elf Arbeitsplätze in der Schweiz und jene der 24 Angestellten in der Schuhfabrik in Albanien. Und natürlich die Rettung der

fast 100-jährigen Firma. Das angekündigte Aus hat mich emotional bewegt, denn Künzli hat meine Jugend begleitet.

Inwiefern?

Ich spielte in meiner Jugend Fussball und machte Leichtathletik – jeweils mit Schuhen von Künzli. Die Marke produzierte in den 80er-Jahren Schuhe für viele Sportarten. Und mit Künzli-Schuhen stach man heraus.

Sind Sie zufrieden mit den Konditionen für die Übernahme?

Es gab einige Bewerber für die Übernahme. Über den konkreten Verkaufspreis will ich nicht reden. Nur so viel: Ich lag mit meinem Angebot irgendwo im Mittelfeld.



Unternehmer Roberto Martullo will die Schuhe wieder beliebter machen.

Das Investment muss sich schliesslich auch lohnen.

Warum bekamen Sie trotzdem den Zuschlag?

Wohl wegen meines Plans, der Kontinuität verspricht. Ich will die Firma so weiterführen, wie sie die bisherige Geschäftsführerin Barbara Artmann in den letzten 20 Jahren aufgebaut hat. Sprich: Ich übernehme alle Mitarbeiter und führe auch die

Fabrik in Albanien weiter. Mit den Angestellten habe ich bereits gesprochen, sie sind voll motiviert. Und die Qualität der Schuhe stimmt auch.

Haben Sie die Künzli-Übernahme mit Ihrer Frau abgesprochen?

Natürlich habe ich das Investment mit der Familie besprochen. Der Tenor war: Mach es doch, wenn es das Richtige ist. Künzli ist jetzt meine Aufgabe.

Was reizt Sie an der Aufgabe, bisher sind Sie nicht im Schuhgeschäft tätig gewesen?

Klar, ich bin wie die Jungfrau Maria zu diesem Kind gekommen. Ich habe aber jahrelange Erfahrung in der Personalvermittlung und -entwicklung. Verkauf und Marketing sind meine Stärken.

Sie werden Künzli «zunächst persönlich operativ führen». Welche ersten Schritte wollen Sie unternehmen?

Künzli hat zwei Standbeine, den Ortho- und den Turnschuhbereich. Das Geschäft mit den Turnschuhen möchte ich ausbauen, da sehe ich Potenzial.

Denn die Marke ist in den Köpfen der Bevölkerung etabliert.

Welche Pläne haben Sie konkret?

Künzli-Sportschuhe sind sehr vintage, das ist zwar jetzt sehr beliebt. Trotzdem wollen wir die Marke verjüngen, damit auch Junge Künzli-Sneaker tragen möchten. Wie genau, werden wir sehen.

Apropos Zukunft: Werden Sie mittelfristig die operative Führung abgeben?

Da bin ich noch unentschieden. Ich werde Künzli sicher ein, zwei Jahre selber führen. Dann schaue ich weiter. Barbara Artmann bleibt uns ja für einen geordneten Übergang bis Mitte 2025 erhalten. Und wer weiss: Vielleicht habe ich an der neuen Aufgabe so viel Spass, dass ich ewig CEO bleibe.

INTERVIEW: MICHAEL HOTZ

Gesamtverkauf droht zu sc

Migros prüft

Diese Meldung dürfte das Migros-Universum ziemlich erschüttern. Und mehr als 2500 Mitarbeitende der Hotelplan-Gruppe zittern lassen.



Bundesratsentscheide gegen ihren Willen verkünden

Kranke sollen mehr aus dem eigenen Sack bezahlen

Strafaufgabe für SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (60): Die Gesundheitsministerin muss im Parlament für zwei brisante Vorstösse kämpfen. So sollen Kranke künftig mehr aus dem eigenen Sack zahlen, indem die Mindestfranchise bei den Gesundheitskosten erhöht wird.

So will es der Bundesrat. Letzten Monat gab er zwei gleichlautenden Vorstössen von SVP-Ständerätin Esther Friedli (47) und SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr (40) grünes Licht, welche mit ihren Motionen die Mindestfranchise «den realen Gegebenheiten anpassen» wollen.

Statt wie heute mindestens 300 Franken müssten Patienten künftig wohl gut 500 Franken selbst berappen, bevor die Krankenkasse mitzahlt. Die Idee dahinter: Wer mehr selber zahlt, überlegt sich zweimal, ob er zum Arzt rennt – so würden die Prämien entlastet. Der Ständerat hat der Friedli-Motion in der Herbstsession bereits zugestimmt.

Auch Baume-Schneider plädierte in der Debatte für ein Ja, allerdings ohne grosse Begeisterung. Nicht ohne Grund: Ihre Bundesratsgipfeln haben sie zu dieser Aufgabe verdonnert. Sie selbst wollte die Vorstösse zur Ablehnung empfehlen, wie Dokumente zur verwaltungsinernen Ämterkonsultation zeigen, die Blick gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat.

Dabei ging es um ein Paket von vier Vorstössen. Neben jenen von Friedli und Gutjahr lagen auch zwei Motionen von FDP-Ständerat Josef Dittli (67) und FDP-Nationalrat Marcel Dobler (44) vor. Diese wollten noch einen Schritt weitergehen und verlangten, dass Franchisen (heute abgestuft zwi-



Mattea Meyer, SP-Co-Chefin.



Esther Friedli, SVP-Ständerätin.

schen 300 und 2500 Franken) wie auch Selbstbehalt (aktuell maximal 700 Franken) an die Prämienentwicklung gekoppelt werden.

Baume-Schneider wollte alle vier Motionen vom Tisch wischen. «Eine Erhöhung der Kostenbeteiligung würde Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen und chronisch Kranke benachteiligen», argumentierte sie. Damit würde deren Zugang zur Gesundheitsversorgung eingeschränkt. «Durch den Aufschub von Behandlungen bestünde die Gefahr, dass sich der Gesundheitszustand der Betroffenen verschlechtert, was wiederum die Kosten ansteigen liesse», warnte sie ihre Kollegen vor den Folgen. **Zudem sei die Kostenbeteiligung der Schweizer Versicherten im internationalen Vergleich schon heute hoch.**

In der Ämterkonsultation gingen die Finanzverwaltung im Departement von FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter (60) und das

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im Departement von SVP-Magistrat Guy Parmelin (64) in Opposition zum Innendepartement. Statt viermal Nein sollte die Empfehlung viermal Ja lauten. **«Die kostendämpfende Wirkung von Selbstbehalt ist erwiesen», monierte das Seco.** Die Finanzverwaltung plädierte für eine stärkere Eigenverantwortung der Versicherten.

Da weitere Rückmeldungen aus den Departementen ausblieben, wertete dies das Innendepartement als Zustimmung. Und so lief Baume-Schneider ins Messer. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat ließ abgelenkt mit Zustimmung zu allen vier Motionen. Am Schluss resultierte ein Kompromiss: Die Vorstösse der FDP-Männer wurden zu Ablehnung empfohlen, jene der SVP-Frauen zur Annahme.

Letztere könnten im Nationalrat durchaus Chancen haben. FDP-Mann Dobler hofft, dass auch der von ihm geforderte Automatismus durchkommt. «Ich lasse offen, ob nur die Franchise, der Selbstbehalt oder beides angepasst werden soll, das gibt mehr Spielraum», sagt er. **«Es braucht auf breiter Front Massnahmen, um die Kosten zu senken. Eine höhere Kostenbeteiligung ist ein wichtiger Teil davon.»**

Widerstand von links ist aber programmiert. «Bei den Gesundheitskosten wird kein Rappen eingespart, stattdessen werden einfach chronisch Kranke, Arbeitslose und ältere Menschen stärker belastet», so SP-Co-Chefin Mattea Meyer (36). Sollten die Vorstösse dereinst in Gesetzesform gegossen werden, ist für sie klar: «Dann prüfen wir ernsthaft ein Referendum.»

RUEDI STUDER

Experten warnen vor Einbindung von Rechtspopulisten in die Regierung

Wahlsieger dürfen nicht mitregieren



Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit FPÖ-Chef Herbert Kickl (r.).

Beim Sport steigt der Sieger automatisch aufs Podest. Nicht so in der Politik: In Österreich und bei deutschen Regionalwahlen werden die Wahlsieger von der Regierung ausgeschlossen.

Am Dienstag hat der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen (80) den Auftrag zur Regierungsbildung an die zweitplatzierte ÖVP mit dem amtierenden Kanzler Karl Nehammer (52) vergeben. Die FPÖ, bei den Wahlen am 29. September mit 29 Prozentpunkten Wahlsiegerin, bleibt draussen. **Van der Bellen begründete seinen Entscheid damit, dass keine Partei mit dem FPÖ-Chef Herbert Kickl (56) zusammenarbeiten wolle.** Das gleiche Szenario im deutschen Bundesland Thüringen: Weil niemand mit der Wahlsiegerin AfD zusammenarbeiten will, verhandeln die Wahlverlierer CDU, das Bündnis Sahra Wagenknecht und die SPD über eine Koalition.

Andere Länder haben es gewagt, Rechtspopulisten in die Regierung zu holen. Die Erfahrungen sind unterschiedlich. In Finnland ist die rechte Finnenpartei und in den Niederlanden die Partei für die Freiheit des Rechtspopulisten Geert Wilders (61) in der Regierung. Nach anfänglichen Skandalen wegen Rassismus und Verbindungen zur rechtsextremen Szene hat sich die Situation etwas beruhigt.

Italien wird seit zwei Jahren von der postfaschistischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni (47) von den Fratelli d'Italia

regiert. Seit sie im Amt ist, wirkt das Land stabiler und bekennt sich klar zur EU.

Schlechter muss man die Entwicklung in Ungarn bewerten. Seit der rechtskonservative Ministerpräsident Viktor Orbán (61) an der Macht ist, werden Pressefreiheit und die Rechte von Homosexuellen mit Füßen getreten.

Auch Österreich hat seine Erfahrungen. So zerbrach die ÖVP/FPÖ-Koalition unter Kanzler Sebastian Kurz (38) 2021, nachdem FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (55) im ominösen Ibiza-Video Bereitschaft zur Bestechung gezeigt hatte.

Die Politologen Adrian Vatter (59) und Rahel Freiburghaus (30) von der Universität Bern ziehen eine vernichtende Bilanz: **«Wo Populisten regieren, sinken Wirtschaft und Konsum. Und es wächst die Schere zwischen Arm und Reich.»** Laut einer Studie liegt in diesen Ländern das Bruttoinlandsprodukt 15 Jahre nach Regierungseintritt zehn Prozent tiefer.

Europaexperte Jonathan B. Slapin (44) an der Uni Zürich warnt vor Radikalen an der Macht. Die grösste Gefahr bestehe darin, dass rassistische und hypernationalistische Ansichten normalisiert würden und Wähler damit beginnen würden, die Rhetorik der extremen Rechten zu akzeptieren und sie auch zu verwenden. «Dinge, die zuvor tabu waren, sind es dann nicht mehr.»

GUIDO FELDER

Verkauf von Hotelplan-Filetstück

Die börsennotierte Muttergesellschaft des deutschen Ferienhausvermittlers Hometogo, die Hometogo SE mit Sitz in Luxemburg, hat

Verhandlungen mit der Migros über einen möglichen Kauf der Hotelplan-Tochter Interhome bestätigt. **Dafür sei aktuell ein Auktionsverfahren in Gang.**

Die Idee war bisher stets, die Hotelplan Group als Ganzes zu verkaufen.

Hotelplan



Pikant: Bisher hatte die Migros stets betont, man wolle die Hotelplan-Gruppe «prioritär und nach Möglichkeit als Ganzes verkaufen». Zur Gruppe gehören Hotelplan Schweiz, die Hotelplan Volumengeschäft (zu der etwa auch die deutsche Vtours gehört), Hotelplan Grossbritannien, Hotelplan Business Travel sowie eben die Interhome Group.

Interhome galt seit der Hotelplan-Verkaufsankündigung durch die Migros als «Filetstück» mit zahlreichen Interessenten.

Doch laut Insidern zeigte die Migros bisher kein Interesse an Bietern, die nur für Teile der Hotelplan Group boten. Heisst diese Nachricht nun, dass der Migros-Plan des Gesamtverkaufs gescheitert ist?

«Die Strategie hat nicht geändert», hält Migros-Sprecherin Carmen Hefti gegenüber Blick fest. Der Verkaufsprozess laufe gut und es seien mehrere potenzielle Käufer involviert – «auch solche, die die ganze Hotelplan-Gruppe kaufen wollen». Der Verkaufsprozess sei auch zeitlich «auf Kurs». Es ist davon auszugehen, **dass die Migros wie ursprünglich angekündigt den Verkaufsprozess bis Ende Jahr abschliessen kann.**

Allerdings spricht Hometogo in der Börsenmitteilung klar davon, dass es beim Kauf nur um die Interhome Group gehe. Wohl

deshalb war die Börsenmeldung auch zwingend: Würden die Ferienhausvermittlungsgiganten Hometogo und Interhome fusionieren, **entstünde ein Gebilde, das sich die Wettbewerbsbehörden näher anschauen müssen.**

Was heisst, dass Teilverkäufe der Hotelplan Group nicht ausgeschlossen sind. Hefti: «Wir sind offen für Vorschläge, die im Sinn der Hotelplan Group sind.»

Die Interhome Group wurde 1965 von Pionier Bruno Franzen (75†) gegründet und 1989 von Hotelplan übernommen. Im Jahr 2023 realisierte die Interhome Group mit rund 650 Mitarbeitenden einen Umsatz von knapp 390 Millionen Franken. Zur Interhome Group gehört seit 2013 noch die deutsche Marke Inter-Chalet, mit Sitz in Freiburg (D). JEAN-CLAUDE RAEMY

NEWS

Temporärstellen sind weiterhin rückläufig

Zürich – Der Schweizer Arbeitsmarkt verzeichnet 2024 einen deutlichen Rückgang bei Temporärstellen. Die Anzahl der Ausschreibungen sank im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel und liegt sogar 60 Prozent unter dem Niveau von 2022, wie eine Erhebung des Personalvermittlers Robert Walters Schweiz zeigt. Der Trend geht wieder verstärkt in Richtung Festanstellungen, nachdem viele Unternehmen während der Corona-Pandemie vermehrt auf temporäre Positionen gesetzt haben.

Bund rechnet mit viel kleinerem Defizit

Zürich – Der Bund rechnet für das laufende Jahr mit einem Finanzierungsdefizit von 900 Millionen Franken. Das ist deutlich weniger als budgetiert. Im Vorschlag ging der Bund von einem Minus von 2,6 Milliarden Franken aus. Dies teilte der Bundesrat gestern mit.

SWISS LOTTO

4	9	13	25	26	38
Glückszahl 3					
6+1	Kein Gewinner				
6	Kein Gewinner				
5+1	11 à Fr.	8347.35			
5	50 à Fr.	1000.00			
4+1	553 à Fr.	122.55			
4	2510 à Fr.	70.10			
3+1	8470 à Fr.	20.10			
3	36672 à Fr.	9.90			
Im Jackpot					29000000.00
Joker 4 6 5 8 4 9					
6	Kein Gewinner				
5	2 à Fr.	10000.00			
4	8 à Fr.	1000.00			
3	122 à Fr.	100.00			
2	1425 à Fr.	10.00			
Im Jackpot					200000.00

DEUTSCHES LOTTO

10	18	25	37	40	49
Superszahl 1					
SPIEL 77					0934229
SUPER 6					073377
ÖSTERREICHISCHES LOTTO					
12	17	22	27	36	40
Zusatzzahl 14					Joker 252898
Alle Angaben ohne Gewähr					

BÖRSEN & DEWISEN

SMI	12147.1 (-0.1%)	↘
DOW JONES	42515.0 (-0.1%)	↘
EURO/CHF	0.93	→
USD/CHF	0.87	→
GOLD	75751 Fr./kg	↗
ERDÖL	74.81 \$/Fass	↘